

Pressemitteilung zum geplanten AfD-Online-Portal für Schülerinnen und Schüler

Die Landesgruppe Berlin des Grundschulverbandes e.V. nimmt Stellung zum Vorhaben der AfD, Pädagogen-Denunziationsportale online in den Bundesländern und ab Ende Oktober auch für Berlin einzurichten.

Das Berliner Schulgesetz fordert zu Recht in § 1, alle Schülerinnen und Schüler zu Persönlichkeiten heranzubilden, die jeglichen gewaltherrschaftlichen Lehren entgegentreten - sich vielmehr einsetzen für Demokratie, Freiheit und Menschenwürde im Umgang miteinander.

Die geplanten AfD-Online-Portale fördern Denunziation, Verunglimpfung und Verängstigung. Das entspricht Maßnahmen, die autoritäre Systeme praktizieren. Wir appellieren an alle Verantwortungsträger im Bildungsbereich, diesen Aktionen überall entschlossen entgegenzutreten. Sie widersprechen demokratischen Grundsätzen und haben in unserer Demokratie nichts zu suchen.

Wir rufen alle Pädagoginnen und Pädagogen, alle Schülerinnen und Schüler und alle Eltern auf, sich von solchen antidemokratischen Aktionen nicht irre führen oder einschüchtern zu lassen, sondern das im Schulgesetz von Berlin definierte Erziehungsziel unbeirrt weiter zu verfolgen, die Kinder zu befähigen, „der Ideologie des Nationalsozialismus und allen anderen zur Gewaltherrschaft strebenden politischen Lehren“ entschieden entgegenzutreten.

Berlin, den 17. Oktober 2018

V.i.S.d.P. Nicole Lustig

Karin Laurenz, Lydia Sebold, Gerti Sinzinger
Vorstand der Berliner Landesgruppe